

13083/AB
= Bundesministerium vom 22.02.2023 zu 13468/J (XXVII. GP) bmaw.gv.at
 Arbeit und Wirtschaft

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
 Bundesminister

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.921.391

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)13468/J-NR/2022

Wien, am 22. Februar 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Gerald Loacker und weitere haben am 22.12.2022 unter der **Nr. 13468/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **1 Jahr Krieg in der Ukraine: wirtschaftliche Landesverteidigung & Entlastung durch Reformen** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- *Welche Maßnahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung wurden seit Februar 2022 ergriffen? (Bitte um Aufschlüsselung nach konkreten Maßnahmen, Inhalt, Wirkungszielen, Zeitplan und involvierter Ressorts)*
 - *Welche Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des BMaW wurden diesbezüglich gesetzt?*
 - *Welche Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich anderer Bundesministerien fallen darunter und inwiefern nahm das BMaW die Koordinierung wahr?*

Im Rahmen des Staatlichen Krisen- und Katastrophenmanagements (SKKM) gab es von April 2020 bis Juni 2022 eine coronaspezifische Taskforce zum Thema Krisenbedarfsdeckung. Diese wurde zum Informationsaustausch zwischen Bundes- und Landesstellen sowie der Wirtschaft, zum Monitoring, zur Koordination sowie zur allfälligen Maßnahmen-

vorbereitung bei möglichen Versorgungsengpässen ins Leben gerufen. Das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) führte dabei den fachlichen Vorsitz. Teilnehmende waren die Vertreter des SKKM sowie Expertinnen und Experten zu speziellen Themen. Seit Oktober gibt es die dauernde Fachgruppe Versorgungssicherheit im SKKM unter Federführung des BMAW, des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft und des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK).

Zu Beginn standen aufgrund der coronabedingten Nachfrage speziell Schutzausrüstungen und eventuelle Transportprobleme im Fokus, später standen verstärkt andere Themen wie durch die Coronasituation und ab Februar 2022 durch den Krieg in der Ukraine auftretende Lieferkettenunterbrechungen und eventuelle Produktionsausfälle im Mittelpunkt; dies umfasste unter anderem Lebensmittel, Holzprodukte (ab Herbst 2020), Aluminium (Herbst 2021), Gas, Diesel, Schmieröle, AdBlue, Fällmittel, Produkte für Einsatzorganisationen, etc.

Im Februar 2022 wurde eine interne Arbeitsgruppe im Ressort zum Angriffskrieg in der Ukraine eingerichtet. Im Sommer 2022 wurde anstelle der Arbeitsgruppe eine Krisenkoordinationsstelle eingesetzt. Zentrale Aufgabe des beratenden Gremiums ist es, Maßnahmen der wirtschaftlichen Krisenvorsorge zu koordinieren und Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Standort zu evaluieren.

Darüber hinaus ist auf die unverändert gültigen Ausführungen in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 10072/J zu verweisen.

Zur Frage 2

- *Standortstrategie:*
 - *Welche konkreten Maßnahmen werden in der Standortstrategie vorgeschlagen? (Bitte um Aufschlüsselung nach konkreten Maßnahmen, Inhalt, Wirkungszielen, Zeitplan und involvierter Ressorts)*
 - *Welche konkreten Maßnahmen werden in der Standortstrategie hinsichtlich des rascheren Ausbaus erneuerbarer Energie festgehalten?*
 - *Inwiefern hat sich die Standortstrategie nach der Invasion der Ukraine 2022 geändert?*
 - *Welche Stakeholdertreffen wurden ab Februar 2022 dazu abgehalten? (Bitte Aufschlüsselung nach konkreten Daten, Inhalt und Teilnehmern)*

Dazu ist auf die unverändert gültigen Ausführungen in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 10072/J zu verweisen und ergänzend auszuführen, dass die im Rahmen der Standortstrategie erarbeiteten Maßnahmen abseits der in die Zuständigkeit des BMK fallenden Energiefragen diskutiert, erweitert und umgesetzt werden.

Zur Frage 3

- *Handelspolitik liegt zwar im Kompetenzbereich der Europäischen Kommission, jedoch haben die Mitgliedsstaaten stets die Möglichkeit durch Initiativen aktiv Akzente zu setzen und damit die Diskussion auf EU-Ebene zu beeinflussen:*
 - *Welche Initiativen hat das BMAW in der Handelspolitik zur Stärkung von Resilienz und Autonomie Europas gesetzt?*
 - *Inwiefern hat das BMAW sich aktiv für einen raschen Abschluss laufender Verhandlungen zu Freihandelsabkommen (bis auf MERCOSUR) auf Ratsebene eingesetzt?*
 - *Inwiefern hat das BMAW sich aktiv für einen raschen Abschluss neuer Verhandlungen zu Freihandelsabkommen auf Ratsebene eingesetzt?*
 - *Hat das BMAW aktiv einen Austausch mit Abgeordneten der Regierungs- partei gesucht, um die anhaltende Blockade des MERCOSUR Abkommens durch das österreichische Parlament zu beenden?*
 - *Wenn ja: Wann fanden dazu Treffen statt und wer waren die Teilnehmer?*
 - *Wenn nein: Warum nicht?*

Die am 18. Februar 2021 veröffentlichte Mitteilung der Europäischen Kommission (EK) betreffend die neue EU-Handelsstrategie "An Open, Sustainable and Assertive Trade Policy" bildet die Basis für alle handelspolitischen Aktivitäten der Europäischen Union (EU). Österreich hat sich an dem vorangegangenen diesbezüglichen Konsultationsprozess aktiv beteiligt und eine Stellungnahme zu den österreichischen Prioritäten bei der Überprüfung der EU-Handelspolitik abgegeben. Die österreichischen Prioritäten spiegeln sich in der neuen EU-Handelsstrategie durchwegs wider, so etwa Erhöhung der Widerstandsfähigkeit, Diversifizierung und Nachhaltigkeit von Wertschöpfungsketten, enge Zusammenarbeit mit Handelspartnern und Ausbau des Netzwerkes an Handelsabkommen, Reform der Welt- handelsorganisation, Unterstützung der EU-Unternehmen, insbesondere der KMU, und Verstärkung des EU-Fokus auf Implementierung und Durchsetzung von Handelsabkommen inklusive ihrer Nachhaltigkeitskapitel.

Österreich setzt sich im Rahmen des Prinzips "Inhalt vor Geschwindigkeit" durchwegs für einen raschen Abschluss von EU-Handelsabkommen ein. Demgemäß hat Österreich auch

die politischen Einigungen über Freihandelsabkommen mit Neuseeland im Juni 2022 sowie mit Chile im Dezember 2022 ausdrücklich begrüßt. Ebenso werden die laufenden Verhandlungen insbesondere mit Mexiko, Australien, Indonesien und Indien unterstützt.

Bezüglich der im Juni 2019 erfolgten Einigung im Grundsatz über den Handelsteil der EU-MERCOSUR-Verhandlungen ist festzuhalten, dass die Bundesregierung an die Beschlüsse des Ständigen Unterausschusses des Nationalrats vom 18. September 2019 gebunden ist. Der EU-Rat wurde seitens der EK bislang nicht mit dem EU-MERCOSUR-Abkommen befasst. Derzeit gibt es auch keinen Zeitplan für die weitere Vorgehensweise der EK betreffend das MERCOSUR-Abkommen.

Zur Frage 4

- *Bezugsquellen von Rohstoffen:*
 - Wie haben sich die Bezugsquellen von Erdöl nach Österreich von 2019 bis 2022 entwickelt? Bitte Anteile der Herkunftsstaaten angeben.
 - Wie haben sich die Bezugsquellen von Erdgas nach Österreich von 2019 bis 2022 entwickelt? Bitte Anteile der Herkunftsstaaten angeben.
 - Wie genau berechnet sich der in den Medien durch Regierungsmitglieder angegebene Anteil von russischen Gasimporten in Höhe von rund 20 Prozent?
 - Wie haben sich die Bezugsquellen von Aluminium nach Österreich von 2019 bis 2022 entwickelt? Bitte Anteile der Herkunftsstaaten angeben.
 - Wie haben sich die Bezugsquellen von Kobalt nach Österreich von 2019 bis 2022 entwickelt? Bitte Anteile der Herkunftsstaaten angeben.
 - Wie haben sich die Bezugsquellen von Kupfer nach Österreich von 2019 bis 2022 entwickelt? Bitte Anteile der Herkunftsstaaten angeben.
 - Wie haben sich die Bezugsquellen von Lithium nach Österreich von 2019 bis 2022 entwickelt? Bitte Anteile der Herkunftsstaaten angeben.
 - Wie haben sich die Bezugsquellen von Nickel nach Österreich von 2019 bis 2022 entwickelt? Bitte Anteile der Herkunftsstaaten angeben.
 - Wie haben sich die Bezugsquellen von Silber nach Österreich von 2019 bis 2022 entwickelt? Bitte Anteile der Herkunftsstaaten angeben.
 - Wie haben sich die Bezugsquellen von Zink nach Österreich von 2019 bis 2022 entwickelt? Bitte Anteile der Herkunftsstaaten angeben.
 - Wie haben sich die Bezugsquellen von Seltenen Erden nach Österreich von 2019 bis 2022 entwickelt? Bitte Anteile der Herkunftsstaaten angeben.
 - Welche konkreten Schritte wurden seit März 2022 unternommen, um die Abhängigkeit von einzelnen Lieferländern zu reduzieren?

- *Welche konkreten Schritte zur Umsetzung der österreichischen Rohstoffstrategie wurden seit März 2022 unternommen, wo als Maßnahmen die proaktive Mitgestaltung der EU-Rohstoffhandelspolitik sowie die Forcierung von Rohstoffpartnerschaften angeführt werden (beides in der Zuständigkeit des für Handel verantwortlichen BMAW)?*
 - *Liegt ein Zeitplan vor, wann die Evaluierung von Rohstoffpartnerschaften abgeschlossen sein soll?*

Österreich importiert laut Statistik Austria Erdöl aus folgenden Staaten:

- 2019: Kasachstan (39,5 %), Libyen (22,0 %), Irak (14,5 %), Aserbaidschan (11,6 %), Algerien (3,4 %), Nigeria (3,1 %), Russland (3,1 %), Vereinigte Staaten (1,4 %). Bezug aus Drittstaaten: 99,9 %, Bezug aus EU-27: 0,10 %.
- 2020: Kasachstan (39,8 %), Irak (12,0 %), Russland (10,2 %), Algerien (10,1 %), Libyen (5,6 %), Nigeria (5,3 %), Vereinigte Staaten (5,3 %), Aserbaidschan (5,1 %), Saudi-Arabien (3,7 %), Brasilien (1,4 %). Bezug aus Drittstaaten: 99,91 %, Bezug aus EU-27: 0,09 %.
- 2021: Kasachstan (39,6 %), Libyen (22,0 %), Irak (19,7 %), Russland (7,5 %), Jemen (3,6 %), Algerien (2,8 %), Aserbaidschan (1,4 %), Vereinigtes Königreich (1,4 %), Guyana (1,3 %). Bezug aus Drittstaaten: 99,88 %, Bezug aus EU-27: 0,12 %.
- 2022 (vorläufig): Kasachstan (45,3 %), Libyen (18,9 %), Irak (15,9 %), Algerien (8,5 %), Vereinigtes Königreich (4,0 %), Russland (2,8 %), Guyana (2,6 %), Aserbaidschan (1,02 %). Bezug aus Drittstaaten: 99,86 %, Bezug aus EU-27: 0,14 %.

Daten zu Erdgasimporten dürfen laut Statistik Austria aus Vertraulichkeitsgründen nicht angegeben werden.

Österreich importiert laut Statistik Austria Aluminium aus folgenden Staaten:

- 2019: Deutschland (18,1 %), Norwegen (16,7 %), Niederlande (10,4 %), Russland (8,5 %), Island (7,0 %), Italien (6,5 %), Vereinigte Arabische Emirate (4,0 %), Frankreich (3,6 %), Kanada (3,1 %), Bahrain (2,9 %), Slowenien (2,6 %), Südafrika (2,5 %), Tschechische Republik (2,2 %), Slowakei (2,1 %), Mosambik (1,1 %), Bosnien und Herzegowina (1,0 %). Bezug aus Drittstaaten: 50,4 %, Bezug aus EU-27: 49,6 %.
- 2020: Deutschland (21,3 %), Norwegen (19,9 %), Island (8,5 %), Italien (7,8 %), Niederlande (6,1 %), Frankreich (6,1 %), Russland (5,4 %), VAE (3,8 %), Tschechische Republik (2,6 %), Mosambik (2,2 %), Slowenien (1,7 %), Südafrika (1,6 %), Rumänen (1,6 %), Slowakei (1,5 %), Polen (1,2 %), Spanien (1,1 %), Luxemburg (1,0 %). Bezug aus Drittstaaten: 46,36 %, Bezug aus EU-27: 53,65 %.

- 2021: Deutschland (22,8 %), Norwegen (21,8 %), Niederlande (10,5 %), Italien (8,9 %), Island (7,7 %), Frankreich (5,4 %), Kanada (4,1 %), Bahrain (3,6 %), Polen (2,6 %), VAE (1,5 %), Tschechische Republik (1,3 %), Ungarn (1,3 %), Rumänien (1,3 %), Russland (1,2 %), Slowenien (1,2 %), Slowakei (1,1 %). Bezug aus Drittstaaten: 41,29 %, Bezug aus EU-27: 58,71 %.
- 2022 (vorläufig): Norwegen (22,5 %), Deutschland (18,2 %), Niederlande (18,1 %), Italien (6,3 %), Schweiz (5,3 %), Island (4,9 %), VAE (4,2 %), Frankreich (3,7 %), Russland (3,0 %), Polen (2,9 %), Bahrain (2,1 %), Singapur (1,9 %), Kanada (1,4 %), Rumänien (1,1 %). Bezug aus Drittstaaten: 46 %, Bezug aus EU-27: 54 %.

Österreich importiert laut Statistik Austria Kobalt aus folgenden Staaten:

- 2019: Russland (38,9 %), Kanada (29,6 %), China (8,4 %), Luxemburg (4,9 %), Finnland (4,8 %), Deutschland (4,6 %), Madagaskar (2,5 %), Japan (1,9 %), Belgien (1,1 %). Bezug aus Drittstaaten: 83,29 %, Bezug aus EU-27: 16,71 %.
- 2020: Kanada (30,5 %), Australien (17,56 %), China (9,71 %), Frankreich (7,0 %), Russland (6,8 %), Deutschland (6,8 %), Vereinigtes Königreich (6,2 %), Finnland (5,4 %), Luxemburg (4,2 %), Belgien (1,5 %), Marokko (1,4 %), Mexiko (1,4 %), Tschechische Republik (1,2 %). Bezug aus Drittstaaten: 73,53 %, Bezug aus EU-27: 26,47 %.
- 2021: Kanada (37,5 %), Deutschland (16,7 %), Russland (16,6 %), Vereinigtes Königreich (10,3 %), China (8,2 %), Spanien (5,3 %), Luxemburg (2,2 %), Frankreich (1,1 %). Bezug aus Drittstaaten: 73,75 %, Bezug aus EU-27: 26,25 %.
- 2022 (vorläufig): Kanada (23,4 %), Australien (20,9 %), China (16,9 %), Deutschland (12,8 %), Russland (9,3 %), Vereinigtes Königreich (6,6 %), Japan (4,1 %), Belgien (1,3 %), Finnland (1,2 %), Luxemburg (1,1 %). Bezug aus Drittstaaten: 81,33 %, Bezug aus EU-27: 18,67 %.

Österreich importiert laut Statistik Austria Kupfer aus folgenden Staaten:

- 2019: Deutschland (70,2 %), Italien (17,6 %), Polen (2,2 %), Spanien (1,9 %), Niederlande (1,2 %), Frankreich (1,1 %), Tschechische Republik (1,1 %). Bezug aus Drittstaaten: 1,73 %, Bezug aus EU-27: 98,27 %.
- 2020: Deutschland (73,6 %), Italien (10,6 %), Belgien (4,0 %), Spanien (3,07 %), Frankreich (1,8 %), Peru (1,5 %), Tschechische Republik (1,2 %). Bezug aus Drittstaaten: 2,75 %, Bezug aus EU-27: 97,25 %.
- 2021: Deutschland (81,6 %), Italien (11,3 %), Frankreich (1,7 %), Belgien (1,07 %). Bezug aus Drittstaaten: 0,62 %, Bezug aus EU-27: 99,38 %.

- 2022 (vorläufig): Deutschland (80,3 %), Niederlande (16,4 %), Belgien (1,5 %). Bezug aus Drittstaaten: 0,07 %, Bezug aus EU-27: 99,93 %.

Österreich importiert laut Statistik Austria Lithium aus folgenden Staaten:

- 2019: Deutschland (54,9 %), China (13,1 %), Chile (10,4 %), Niederlande (8,74 %), USA (7,3 %), Italien (5,1 %). Bezug aus Drittstaaten: 31,18 %, Bezug aus EU-27: 68,82 %.
- 2020: Deutschland (42,4 %), China (25,3 %), Chile (12,6 %), USA (11,1 %), Italien (6,5 %), Vereinigtes Königreich (1,3 %). Bezug aus Drittstaaten: 50,72 %, Bezug aus EU-27: 49,28 %.
- 2021: Vereinigtes Königreich (29,8 %), Deutschland (20,35 %), Belgien (17,0 %), Chile (8,7 %), China (7,7 %), USA (6,42 %), Italien (5,34 %), Niederlande (3,9 %). Bezug aus Drittstaaten: 52,51 %, Bezug aus EU-27: 47,49 %.
- 2022 (vorläufig): Chile (42,6 %), Deutschland (27,8 %), Vereinigtes Königreich (12,2 %), USA (9,8 %), Italien (4,9 %), China (2,6 %). Bezug aus Drittstaaten: 67,31 %, Bezug aus EU-27: 32,69 %.

Österreich importiert laut Statistik Austria Nickel aus folgenden Staaten:

- 2019: Deutschland (60,5 %), Russland (15,7 %), Luxemburg (7,0 %), Australien (5,4 %), Niederlande (4,2 %), Kanada (3,4 %), Norwegen (1,8 %). Bezug aus Drittstaaten: 27,67 %, Bezug aus EU-27: 72,33 %.
- 2020: Deutschland (57,5 %), Russland (14,6 %), Australien (6,8 %), Norwegen (5,7 %), Luxemburg (5,7 %), Niederlande (4,4 %), Finnland (3,2 %), Südafrika (1,4 %). Bezug aus Drittstaaten: 28,81 %, Bezug aus EU-27: 71,19 %.
- 2021: Deutschland (57,4 %), Russland (18,4 %), Niederlande (8,5 %), Norwegen (7,3 %), Luxemburg (6,0 %). Bezug aus Drittstaaten: 27,46 %, Bezug aus EU-27: 72,54 %.
- 2022 (vorläufig): Deutschland (50,6 %), Norwegen (18,1 %), Niederlande (9,2 %), Russland (7,9 %), Luxemburg (4,4 %), Frankreich (4,2 %), Australien (2,1 %), Estland (1,8 %). Bezug aus Drittstaaten: 29,02 %, Bezug aus EU-27: 70,98 %.

Österreich importiert laut Statistik Austria Silber aus folgenden Staaten:

- 2019: Deutschland (75,7 %), Schweiz (16,0 %), Südafrika (3,0 %), Frankreich (1,8 %), Italien (1,7 %). Bezug aus Drittstaaten: 19,91 %, Bezug aus EU-27: 80,09 %.
- 2020: Deutschland (68,6 %), Schweiz (27,2 %), Südafrika (1,5 %). Bezug aus Drittstaaten: 28,88 %, Bezug aus EU-27: 71,12 %.

- 2021: Schweiz (49,0 %), Deutschland (42,1 %), Vereinigtes Königreich (5,0 %), Südafrika (1,5 %). Bezug aus Drittstaaten: 55,84 %, Bezug aus EU-27: 44,16 %.
- 2022 (vorläufig): Schweiz (61,6 %), Deutschland (35,6 %). Bezug aus Drittstaaten: 61,97 %, Bezug aus EU-27: 38,03 %.

Österreich importiert laut Statistik Austria Zink aus folgenden Staaten:

- 2019: Peru (15,2 %), Belgien (15,1 %), Polen (11,9 %), Finnland (11,7 %), Luxemburg (9,9 %), Deutschland (9,3 %), Norwegen (8,1 %), Mexiko (6,1 %), Spanien (4,7 %), Bulgarien (3,0 %), Niederlande (1,6 %), Slowakei (1,3 %). Bezug aus Drittstaaten: 30,33 %, Bezug aus EU-27: 69,67 %.
- 2020: Belgien (16,6 %), Peru (16,2 %), Finnland (15,3 %), Deutschland (13,2 %), Polen (8,8 %), Luxemburg (8,8 %), Spanien (4,8 %), Niederlande (4,5 %), Norwegen (2,9 %), Bulgarien (2,3 %), Mexiko (1,7 %), Slowakei (1,5 %), Brasilien (1,4 %). Bezug aus Drittstaaten: 22,8 %, Bezug aus EU-27: 77,2 %.
- 2021: Belgien (18,9 %), Finnland (14,3 %), Peru (13,4 %), Deutschland (12,8 %), Polen (10,5 %), Luxemburg (9,4 %), Bulgarien (4,6 %), Niederlande (4,0 %), Spanien (3,1 %), Brasilien (2,5 %), Slowakei (1,4 %), Norwegen (1,1 %), Italien (1,0 %). Bezug aus Drittstaaten: 17,45 %, Bezug aus EU-27: 82,55 %.
- 2022 (vorläufig): Belgien (17,9 %), Finnland (15,8 %), Deutschland (13,7 %), Peru (13,5 %), Luxemburg (11,1 %), Polen (6,8 %), Bulgarien (6,8 %), Niederlande (5,8 %), Brasilien (3,1 %), Slowakei (1,9 %), Norwegen (1,1 %). Bezug aus Drittstaaten: 18,86 %, Bezug aus EU-27: 81,14 %.

Österreich importiert laut Statistik Austria Seltenerdmetalle aus folgenden Staaten:

- 2019: China (79,1 %), Portugal (19,9 %). Bezug aus Drittstaaten: 79,77 %, Bezug aus EU-27: 20,23 %.
- 2020: China (99,2 %), Deutschland (0,8 %). Bezug aus Drittstaaten: 99,19 %, Bezug aus EU-27: 0,81 %.
- 2021: China (91,7 %), Deutschland (4,2 %), Niederlande (1,9 %), Vereinigtes Königreich (1,9 %). Bezug aus Drittstaaten: 93,85 %, Bezug aus EU-27: 6,15 %.
- 2022 (vorläufig): China (95,9 %), USA (3,4 %). Bezug aus Drittstaaten: 99,21 %, Bezug aus EU-27: 0,79 %.

Die russische Aggression in der Ukraine und die derzeit steigenden Energiepreise, die vor allem auf die starke Abhängigkeit Europas von russischem Gas und Öl zurückzuführen sind, machen deutlich, dass entschlossenes Handeln zur Reduktion dieser Abhängigkeiten in strategischen Ökosystemen erforderlich ist. Zur Sicherung der industriellen Kapazitäten,

der Innovationsfähigkeit und einer wettbewerbsfähigen Industrie in Europa ist vor allem die Sicherheit der Rohstoffversorgung essentiell.

Die Versorgung wird allerdings auch stark von der konkreten Ausgestaltung des Konzepts der "strategischen Autonomie" abhängen. Das BMAW setzt sich laufend dafür ein, dass die EU bei diesem Thema an der Grundidee des Freihandels festhält. Das Streben nach mehr europäischer Souveränität darf auf keinen Fall zu protektionistischen Tendenzen führen. Umso wichtiger ist es, weiterhin von einem Konzept der offenen strategischen Autonomie zu sprechen. Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen im internationalen Handel hat deshalb oberste Priorität. Die EU muss starke internationale Handelsbeziehungen aufbauen und die bestehenden Beziehungen verbessern. Nur ein großes Netz von EU-Handelsabkommen mit Drittländern kann die Lieferketten diversifizieren. EU-Handelsabkommen tragen dazu bei, den negativen Auswirkungen der jüngsten globalen Entwicklungen entgegenzuwirken, die Widerstandsfähigkeit zu stärken und die Lieferketten zu diversifizieren. Das BMAW unterstützt daher in enger Zusammenarbeit mit der Rohstoffsektion des Bundesministeriums für Finanzen in allen Gremien des Rates nachdrücklich die diplomatischen Bemühungen der EK, die eine Zusammenarbeit mit neuen Partnern anstrebt, um neue Versorgungsquellen zu erschließen.

Unter Berücksichtigung hoher Umwelt-, Innovations- und Sozialstandards ist die weitere Entwicklung der multilateralen Arbeit zur Sicherung kritischer Ressourcen für die EU entscheidend. In diesem Zusammenhang ist die "technische" Form der so genannten "gemeinsamen (plurilateralen) Initiativen" aus Sicht des BMAW für diese Ziele besonders geeignet. Auch die bilaterale und regionale Zusammenarbeit kann als Ergänzung zur multilateralen Arbeit wichtige Beiträge zu den oben genannten Zielen leisten, wobei natürlich die WTO-Kompatibilität der entsprechenden Maßnahmen gewährleistet sein muss.

Bislang hat die EU im Bereich der kritischen Rohstoffe strategische Partnerschaften mit Kanada, der Ukraine, Kasachstan und Namibia geschlossen und beteiligt sich an der multilateralen Partnerschaft für die Sicherheit von Mineralien. Gleichzeitig ist der Schwerpunkt der Absichtserklärungen mit Kasachstan und Namibia weiter gefasst und betrifft nicht nur kritische Rohstoffe, sondern auch andere Bereiche, wie etwa Wasserstoff. Weiters werden derzeit Partnerschaften etwa mit Grönland oder Norwegen verhandelt. Generell besteht für die EU ein großes Potenzial für den Abschluss ähnlicher Partnerschaften mit Ländern in ihrer Nachbarschaft, in Afrika, Asien oder Nord- und Südamerika.

Auch die Aktivitäten der EU zum Abschluss weiterer Handelsabkommen dienen wesentlich dazu, die Widerstandsfähigkeit der EU durch die Diversifizierung der Bezugsquellen und die Schaffung neuer Exportmöglichkeiten zu stärken.

Ein genauer Zeitplan zur Evaluierung der genannten Rohstoffpartnerschaften liegt zum jetzigen Zeitpunkt nicht vor.

Zur Frage 5

- *Welche Reformen zur Entlastung österreichischer Unternehmen wurden seit Februar 2022 ergriffen? (Bitte um Aufschlüsselung nach konkreten Maßnahmen, Inhalt, Wirkungszielen, Zeitplan und involvierter Ressorts)*
 - *Gewerbeordnung:*
 - *Welche Reformen wurden im Bereich des Betriebsanlagenrechts vorgelegt, um die Umstellung von Betriebsanlagen auf anderen Energieträger zu vereinfachen und damit die Abhängigkeit Österreichs von Erdgas zu reduzieren? Wird derzeit daran gearbeitet?*
 - *Welche Reformen wurden im Bereich der Zugangsbeschränkungen zu Berufen zu erleichtern? Wird derzeit daran gearbeitet?*
 - *Arbeitsmarkt:*
 - *Welche Reformen wurden im Bereich des Arbeitsmarkts vorgelegt, um kurz- bis mittelfristig dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken und damit auch den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen? Wird derzeit daran gearbeitet?*
 - *Lohnnebenkosten:*
 - *Inwiefern wurde eine signifikante Senkung der Lohnnebenkosten (also von über 5 Prozentpunkte) geprüft bzw. vorbereitet? Wird derzeit daran gearbeitet?*
 - *Inwiefern wurde eine Abschaffung der Kammerumlage 2 zur nachhaltigen Entlastung österreichischer Unternehmen geprüft bzw. vorbereitet? Wird derzeit daran gearbeitet?*

Die Regelungen im Bereich des Gewerberechts werden ständig an die dynamischen Entwicklungen und Herausforderungen einer modernen Wirtschaft angepasst. Zuletzt sind in diesem Zusammenhang bspw. die Novelle der Gewerbeordnung 1994, BGBl. I Nr. 171/2022, zu nennen.

Mit dieser Novelle wurde ein entscheidender Schritt zur Modernisierung gesetzt und der Weg für die Ausstellung von Gewerbelegitimationen in zeitgemäßem Scheckkartenformat bereitet.

Der Behebung des Arbeits- und Fachkräftemangels wird insbesondere auch im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik oberste Priorität eingeräumt. So wurde etwa im besonders wichtigen Gesundheitsbereich im Rahmen der Pflegereform unter anderem auch das Pflegestipendium eingeführt, das seit 1. Jänner 2023 allen Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmern an relevanten Ausbildungen in diesem zukunftsträchtigen Arbeitsmarktsegment in der Höhe von mindestens € 1.400 pro Monat gewährt wird.

Ebenso werden arbeitsmarktpolitische Schwerpunkte zur Unterstützung der notwendigen ökologischen Transformation im Energiesektor gesetzt. Mit dem Start einer Umweltstiftung im April 2022, für die ein Gesamtbudget von € 17,5 Mio. vorgesehen ist, wurden zusätzliche Akzente zur Ausbildung von arbeitslosen Personen mit geringfügigen oder nicht mehr verwertbaren Qualifikationen in klimarelevanten Arbeitsmarktbereichen gesetzt.

Insgesamt wurden vom Arbeitsmarktservice (AMS) im Jahr 2022 bis Ende November 7.897 Personen im Bereich der Green Jobs vor allem in Form von Qualifizierungsbeihilfen gefördert. Nach Stand der Daten Ende November 2022 wurden im Jahr 2022 rund 260.000 Personen im Rahmen diverser Qualifizierungsprogramme vom AMS unterstützt, wobei rund 56.000 Personen an einer Lehrausbildung oder höheren formalen Ausbildung teilnahmen.

Was die Kammerumlage 2 betrifft, ist auf die unverändert gültigen Ausführungen in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 10072/J zu verweisen.

Zur Frage 6

- *Gewerbescheine im Bereich des Ausbaus erneuerbarer Energie:*
 - *Wie viele Gewerbescheine gab es in den Jahren 2019-2022 in folgenden Gewerben (Bitte trennt nach Jahren und Bundesländern angeben):*
 - *Baumeister*
 - *Elektrotechniker*
 - *Gas- und Sanitärtechnik*
 - *Heizungstechnik*
 - *Mechatroniker*
 - *Elektroniker*
 - *Elektromaschinenbauer*
 - *Wärme-, Kälte, Schall und Branddämmere*

- *Installation von elektrischen Anlagen bis 42 Volt und bis 100 Watt*
- *Verlegung von Elektroinstallationsrohren und Kabelwannen*
- *Demontage von Heizungsanlagen, Heizkesseln und Tanks*
- *Montage von Solar- und Photovoltaikmodulen ohne Anschlussarbeiten*
- *Beratung von Privatpersonen über die beim Abschluss von Bezugsverträgen betreffend Energie*
- *Energiekostenberatung*

Hinsichtlich der angefragten Gewerbe sind die aus dem Gewerbeinformationssystem Austria (GISA) ausgewerteten Statistiken jeweils zum Stichtag 1.1. der Beilage zu entnehmen. Folgende Hinweise sind dabei zu berücksichtigen:

Betreffend "Heizungstechnik" wurden die Wortlaute "Heizungstechnik verbunden mit Lüftungstechnik (verbundenes Handwerk)" und "Lüftungstechnik verbunden mit Heizungstechnik (verbundenes Handwerk)" gemeinsam erfasst, da beide Schlüssel aufgrund des Wesens verbundener Handwerke die Befugnis zur Ausübung der Heizungstechnik haben.

Betreffend "Mechatroniker" wurden mangels näherer Spezifizierung alle vier Wortlaute des verbundenen Handwerks gemäß § 94 Z 49 Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994) "Mechatroniker für Maschinen- und Fertigungstechnik", "Mechatroniker für Elektronik, Büro- und EDV-Systemtechnik", "Mechatroniker für Elektromaschinenbau und Automatisierung" und "Mechatroniker für Medizingerätetechnik (verbundenes Handwerk)" gemeinsam erfasst, zumal alle vier Schlüssel aufgrund des Wesens verbundener Handwerke die Befugnis zur Ausübung der diversen Mechatronikergewerbe haben.

Das Gewerbe "Elektronik" ist ein historisches Gewerbe. Es wird davon ausgegangen, dass damit das Gewerbe "Kommunikationselektronik (Handwerk)" gemäß § 94 Z 39 GewO 1994 gemeint ist.

Das Gewerbe "Elektromaschinenbauer" ist ein historisches Gewerbe. Es wird davon ausgegangen, dass damit spezifisch der Wortlaut "Mechatroniker für Elektromaschinenbau und Automatisierung" verbunden mit "Mechatroniker für Maschinen- und Fertigungstechnik", "Mechatroniker für Elektronik, Büro- und EDV-Systemtechnik" und "Mechatroniker für Medizingerätetechnik (verbundenes Handwerk)" gemeint ist, weshalb dieser zum angefragten Gewerbe erfasst wurde. Grundsätzlich wären aber auch alle anderen verbundenen Mechatronikerwortlaute dazu berechtigt; diesbezüglich wird auf die Auswertung zu "Mechatroniker" verwiesen.

Beilage

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt

